BESCHLUSSVORLAGE

öffentlich

↓ Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Haushaltsausschuss	11.03.2013	
Kreisausschuss	13.03.2013	
Kreistag	14.03.2013	

Betreff:

Delegation von Personalentscheidungen; Korrektur der Beschlussfassung

Sachverhalt:

In der Sitzung des Kreisausschusses am 25.04.2012 und des Kreistages am 26.04.2012 wurden Personalentscheidungen auf den Kreisausschuss bzw. den Landrat delegiert. Die Erfahrung aus den Personalentscheidungen nach der Beschlussfassung haben gezeigt, dass die beschlossenen Delegationen zu einem effektiveren Verfahren in allen Personalangelegenheiten geführt haben. So ist insbesondere bei Personalauswahlverfahren festzustellen, dass die Vertreter der Fraktionen aus dem Kreistag mit der Teilnahme an den Vorstellungsgesprächen wesentlich intensiver in die Entscheidungsfindung einbezogen werden können.

Leider ist nun festzustellen, dass bei der Ausformulierung der Beschlussvorschläge handwerkliche Fehler unterlaufen sind, die nunmehr im Sinne der Rechtssicherheit korrigiert werden sollten. **Es wird ausdrücklich betont, dass an dem Inhalt der Delegation laut oben genannter Beschlüsse nichts geändert wird.** Folgende Fehler sind aufgefallen:

1. Aus dem Protokoll der Kreistagssitzung ist zu entnehmen, dass der Kreistag die Befugnisse des Kreisausschusses auf den Landrat delegiert hat. Ein solcher Beschluss ist unwirksam, weil über die Delegation von Personalentscheidungen, für die der Kreisausschuss gem. § 107 Abs. 4 NKomVG ausschließlich zuständig ist, nur der Kreisausschuss selbst entscheiden kann. **Insofern ist ein neuer Beschluss des Kreisausschusses erforderlich.** Für die Personalmaßnahmen nach der Beschlussfassung im April 2012 muss für die Tarifbeschäftigten ab Entgeltgruppe 9 nachträglich die Zustimmung noch erteilt werden. Hierfür wird eine gesonderte Vorlage erstellt. Für die Tarifbeschäftigten bis Entgeltgruppe 8 (vorher einfacher und mittlerer Angestelltendienst) gilt noch der Beschluss v. 22.02.2000 in der Fassung v. 04.07.2000 des Kreisausschusses weiter, weil dieser im April 2012 nicht aufgehoben wurde.
2. In den neu zu fassenden Beschlüssen wäre nunmehr die Aufhebung der alten Beschlüsse aufzunehmen. Damit würde abgegrenzt werden, bis wann die alte und ab wann die neue Delegationsregelung gelten soll. Bei den alten Beschlüssen handelt es sich
 - a) um den des Kreistages vom 04.04.2000, in dem der Landrat die Befugnis erhielt, Beamtinnen

und Beamte des einfachen und mittleren Dienstes nach den Vorgaben des Stellenplanes zu ernennen, in den Ruhestand zu versetzen und zu entlassen (galt auch für Beamte des Kreiskrankenhauses).

Des Weiteren wurde in diesem Beschluss die Entscheidung über die Einstellung von Anwärtinnen und Anwärter für den gehobenen Dienst auf den Kreisausschuss delegiert.

- b) und um den des Kreisausschusses v. 22.02.2000 in der Fassung v. 04.07.2000, in dem der Landrat die Entscheidungen übertragen bekam, Angestellte im Bereich des einfachen und mittleren Dienstes sowie Lohnempfänger nach Maßgabe des Stellenplans einzustellen, höherzugruppieren und zu entlassen sowie Angestellte des gehobenen Dienstes aufgrund von Bewährungsaufstiegen höherzugruppieren. Diese Befugnis galt auch für das Krankenhauspersonal mit Ausnahme der Chefärzte, Oberärzte und der leitenden Schwester.
3. In dem Beschluss des Kreistages v. 26.04.2012 war ebenfalls die Delegation von Entscheidungen über das Vorliegen von Dienstunfällen nach § 45 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz (neu § 51 Abs. 3 Nieders. Beamtenversorgungsgesetz) enthalten. Diese Vorschrift sieht den Kreistag als Entscheidungsträger vor, der allerdings seine Entscheidung delegieren kann. In einem solchen Fall, in dem eine Rechtsnorm aus dem Beamtenrecht eine Delegation vorsieht, ist gem. § 107 Abs. 6 NKomVG automatisch der Kreisausschuss zuständig. Bereits mit Beschluss des Kreisausschusses v. 31.08.2010 wurde diese Entscheidung auf den Landrat delegiert. Unter Berücksichtigung der nach der Föderalismusreform nunmehr geltenden Rechtsnormen sollte einer neuer Beschluss für den Kreisausschuss formuliert werden.
4. Außer den im § 107 Abs. 4 NKomVG genannten Fällen werden im Beamten- und Tarifrecht viele Personalentscheidungen beschrieben, wie z.B. die in Ziffer 3 aufgeführte Entscheidung über das Vorliegen von Dienstunfällen. Zur Klarstellung wird es deshalb für erforderlich gehalten, im Beschluss zu konkretisieren, welche Entscheidungen delegiert werden, nämlich bei den Beamtinnen und Beamten die Ernennung, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung, so wie es der § 107 Abs. 4 NKomVG vorsieht. In der Beschlussvorlage für die Sitzungen im April 2012 wurden auch nur diese Entscheidungen vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Für den Kreistag

1. **Der Beschluss des Kreistages vom 4. April 2000 wird mit Wirkung v. 27. April 2012 aufgehoben. Ab dem 27. April 2012 gilt der Kreistagsbeschluss v. 26. April 2012 über die Delegationen von Personalentscheidungen für Beamtinnen und Beamte unter Ziffer 1 und 3 bis zur neuen Beschlussfassung nach dieser Vorlage. Ebenfalls werden die Delegationen von Personalentscheidungen im Beschluss v. 26. April 2012 unter Ziffer 2 sowie über das Vorliegen von Dienstunfällen in Ziff. 1 Nr. 3 aufgehoben.**
2. **Der Kreistag behält bzw. delegiert seine Befugnisse gem. § 107 Abs. 4 Satz 1 NKomVG, Beamtinnen und Beamte zu ernennen, zu einem anderen Dienstherrn oder in den Ruhestand zu versetzen und zu entlassen, wie folgt:**

Entscheidungsträger	Zuständigkeiten nach der Delegation
Kreistag	Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen A 13 (Zweites Einstiegsamt) bis A 16 der Laufbahngruppe 2 (vorher höherer Dienst)

Kreisausschuss	Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 13 der Laufbahngruppe 2
Landrat	1. Beamtinnen und Beamte aus der Laufbahngruppe 1 (vorher mittlerer Dienst) und aus der Laufbahngruppe 2 (vorher gehobener Dienst) bis Besoldungsgruppe A 10 2. Beamtenanwärter für die Laufbahngruppen 1 und 2

3. Für die Delegation von Personalentscheidungen gelten folgende Maßgaben:

- a) Der vom Kreistag beschlossene Stellenplan ist die Grundlage für die Personalwirtschaft. Der Stellenplan bildet damit den Rahmen für die auf den Kreisausschuss bzw. Landrat delegierten Befugnisse.
- b) Die Fraktionen und Gruppen aus dem Kreistag haben das Recht, jeweils ein Mitglied zu Vorstellungsgesprächen von einzustellenden Beamtinnen und Beamten ab Besoldungsgruppe A 9 zu entsenden. Dabei haben die Fraktions- und Gruppenmitglieder ein Mitbestimmungsrecht bei der Auswahlentscheidung, wobei dem Landrat das Letztentscheidungsrecht obliegt.

Für den Kreisausschuss

1. Die Beschlüsse des Kreisausschusses vom 22. Febr. 2000 in der Fassung vom 4. Juli 2000 werden aufgehoben.
2. Der Kreisausschuss behält bzw. delegiert seine Befugnisse gem. § 107 Abs. 4 Satz 2 NKomVG, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen, einzugruppieren und zu entlassen, wie folgt:

Entscheidungsträger	Zuständigkeiten nach der Delegation
Kreisausschuss	1. Tarifbeschäftigte ab der Entgeltgruppe 10 TVöD 2. Technische Tarifbeschäftigte ab Entgeltgruppe 11 TVöD
Landrat	1. Tarifbeschäftigte in den Entgeltgruppen 1 bis 9 TVöD 2. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bis Entgeltgruppe S 14 TVöD 3. Technische Tarifbeschäftigte (z.B. EDV-Personal, Bau-Ing.) bis Entgeltgruppe 10 TVöD 4. Auszubildende und Praktikanten

3. Für die Delegation von Personalentscheidungen gelten folgende Maßgaben:

- a) Der vom Kreistag beschlossene Stellenplan ist die Grundlage für die Personalwirtschaft. Der Stellenplan bildet damit den Rahmen für die Personalentscheidungen des Kreisausschusses bzw. für die auf den Landrat delegierten Befugnisse.
- b) Die Fraktionen und Gruppen aus dem Kreistag haben das Recht, jeweils ein Mitglied zu Vorstellungsgesprächen von einzustellenden Tarifbeschäftigten ab Entgeltgruppe 9 zu entsenden. Dabei haben die Fraktions- und Gruppenmitglieder ein Mitbestimmungsrecht bei der Auswahlentscheidung, wobei dem Landrat das Letztentscheidungsrecht obliegt.

4. Delegation für die Feststellung von Dienstunfällen

Unter Aufhebung des Beschlusses v. 31. Aug. 2010 delegiert der Kreisausschuss die ihm obliegende Entscheidung über das Vorliegen von Dienstunfällen nach § 51 Abs. 3 Nieders. Beamtenversorgungsgesetz i.V.m. § 107 Abs. 6 Satz 1 1. Halbsatz NKomVG auf den Landrat als Dienstvorgesetzten gem. § 107 Abs. 6 Satz 1 2. Halbsatz NKomVG.

Wittmund, den 28.02.2013

gez. *Stigler (Amtsleiter)*

Abstimmungsergebnis:			
Fraktion	Ja:	Nein:	Enth.:
Fachausschuss	Ja:	Nein:	Enth.:
Kreisausschuss	Ja:	Nein:	Enth.:
Kreistag	Ja:	Nein:	Enth.:

Anlagenverzeichnis: